

GESELLSCHAFT:
Sex im Alter

POLITIK:
Kreisky gegen Kienzl

Steuerflucht: **Konten in Liechtenstein**

DM 3,— sfr 3,—



profil

mit Ecco: Das unabhängige Nachrichtenmagazin

8. Jahrgang Nr. 42

18. Oktober 1977

Steuerparadies Liechtenstein 42

Das kleine Fürstentum an Österreichs Westgrenze gilt als fiskalischer Garten Eden: Tatsächlich kann jeder, der die Tricks kennt, über eine liechtensteinische Briefkastenfirma mit Minimalkapital Milliardenengeschäfte machen. Gaunereien aller Art werden damit begünstigt und verschleiert.



Kirche und SPÖ 19

Die katholische Kirche ist überzeugt, daß sie bei einer neuerlichen ernsthaften Auseinandersetzung mit den Sozialisten einen Wahlsieg der SPÖ verhindern kann. Das geht aus einem Dokument hervor, das Kardinal König dem Papst überbrachte.



profil-Gespräch mit Bruno Kreisky 22

Helmut Voska sprach mit dem Bundeskanzler über die mangelnde Spargesinnung der Bundesregierung, über die Chancen des Kronprinzen Hannes Androsch, doch noch Kanzler werden, und über den Zeitpunkt und die Motive eines Kreisky-Abschieds aus der Politik.



Therapie der Ratlosigkeit 52

Gedächtnisstörungen, Kopfschmerzen und Schwindelanfälle zählen zu den „normalen“ Folgen der Behandlung, manchmal bricht sich der Patient auch einen Wirbelknochen, oft erhöht die Heilmethode die Rückfallhäufigkeit. Dennoch erlebt der Elektroschock einen Boom, dennoch wird er von der Mehrzahl der Psychiater verteidigt.



Sex im Alter 56

„Pensionisten haben ähnliche Wünsche und Bedürfnisse“, weiß der Geschäftsführer mehrerer Wiener Altersheime, „wie junge Menschen — sexuelle Bedürfnisse eingeschlossen!“ Doch die Lust am Sex wird den mehr als 1,5 Millionen Österreichern in der zweiten Lebenshälfte meist gründlich vermiest — durch die Reste puritanischer Moral werden geschlechtliche Freuden zeitlich begrenzt.



SPÖ-Parteirat in Graz 17

Diskussion um den SP-Weg in die achtziger Jahre.

Amnesty International 27

Der Friedensnobelpreis 1977 wurde 168.000 Gefangenenhelfern verliehen.

Atomic kauft Dynamic 32

Skifabrikant Rohrmoser bietet „Rossignol“ die Stirn.

Mehlspeiskette „Aida“ 34

80 Millionen Schilling Umsatz in 19 Filialen.

Stahlindustrie 50

Die Krise fordert erste Opfer.

profil-Serie: Die „Kronen-Zeitung“-Story 61

Kurt Falk: „Warum ich aus der Geschäftsführung ausschied.“

Pferdesport 62

Österreichs „intelligentestes“ Trabrennpferd gewann bisher 1,2 Millionen Schilling.

Spionagegeschichte 70

Ein englisches Trauma erlebt literarische Renaissance.

Gerhard Roth 72

Der Grazer Dichter wechselt den Verlag.

Wohngemeinschaften 74

Eine wissenschaftliche Untersuchung klärt erstmals die Motive und Ziele.

Intern	4
Leserbriefe	6
Impressum	12
Profile	14
Trends	30
Telex	52
Tips	64
Profan	76
profil-Cartoon	77
Werwowarum	78

Proporz bleibt

Ihre Kandidaten für zwei freie „Planposten“ im Verfassungsgerichtshof hat die VP nominiert. Kreisky will die Vorschläge akzeptieren und damit den seit 1973 geltenden Proporz wahren.

Bruno Kreisky signalisierte seiner schwarzen Opposition Vertragstreue: Bereits wenige Tage nach dem spektakulären Rücktritt des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Walter Antonioli (profil 41/1977), ließ der Bundeskanzler den VP-Parlamentsklub brieflich wissen, daß er das ungeschriebene Nominierungsrecht der Bürgerpartei für die nachzubesetzenden VP-„Planposten“ im Höchstgericht nicht in Frage stelle.

Die schwarz-rote Parität im Kollegium der Höchststrichter von 7 zu 7 bleibt damit gewahrt. Dieser Proporz war 1973 in einer geheimen Parteienvereinbarung neu festgelegt worden, nachdem die SP-Regierung mit der Nominierung des OGH-Hofrats Karl Piska die vorherige schwarze Mehrheit im Höchstgericht abgeschafft hatte.

Als der schwarze Parteivorstand am vergangenen Donnerstag nach der Kreisky-Zusage zusammentrat, standen 14 Bewerber für die zwei freien Richterposten an.

Die Vakanzen ergeben sich aus dem Aufücken des Universitätsprofessors Erwin Melichar vom einfachen Richter zum Gerichtspräsidenten und durch das pensionsbedingte Ausscheiden von Gustav Kaniak zum Jahreswechsel.

Beide Stellen gelten als VP-„Planposten“, obgleich sie von der Regierung zu besetzen sind¹⁾.

Die schwarze Qual der Wahl endete mit einer Überraschung.

Denn nicht die allgemein als Favoriten kolportierten Universitätsprofessoren Kojas (Salzburg) oder Tomandl (Wien) oder der Broda-Beamte Hinterauer machten das Rennen, sondern der Wiener Wirtschaftspräsident Karl Korinek (der Sohn des früheren VP-Finanzministers) sowie der bisherige Pressereferent des VP-Parlamentsklubs Peter Jann.

Jann (43) hatte seine juristischen Sporen vor allem als Presserichter in Wien und als Sektionsrat im Justizministerium gesammelt. Zeitweise war Jann auch Österreichs Vertreter in der Menschenrechtskommission des Europarats (zusammen mit dem jetzigen Außenminister Willibald Pahr). ●

¹⁾ Der Bundespräsident ernennt den Präsidenten und Vizepräsidenten sowie sechs weitere Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs auf Vorschlag der Bundesregierung. Je drei weitere Mitglieder werden vom Nationalrat und vom Bundesrat vorgeschlagen.



Oberhirte Kardinal König: „Die Zeit geht zu Ende ...“

KIRCHE UND SPÖ:

„Latenter Konfliktstoff“

Von Dr. Charles Bohatsch

Die katholische Kirche ist überzeugt, daß sie bei einer neuerlichen ernsthaften Auseinandersetzung mit den Sozialisten einen Wahlsieg der SPÖ verhindern kann.

Papst Paul VI. empfing seinen liebsten österreichischen Sohn: Franz Kardinal König stattete dem Heiligen Vater (Mitte September) einen „ad limina“-Besuch ab, um Rechenschaft darüber abzulegen, wie die Lämmer Christi auf der „Insel der Seligen“ geweidet werden. Der Kardinal drückte dabei dem Pontifex maximus einen „Fünfjahresbericht über den Stand der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Kirche in Österreich“ in die Hand.

Resignierend bekennen die Kirchenführer darin ein, daß der christliche Glaube in der Alpenrepublik keine alle Lebensbereiche durchsäuernde Kraft mehr darstellt: „Die Zeit geht zu Ende, da kirchliche Aussagen für die Öffentlichkeit schlechterdings autoritativ waren, da die Kirche von vornherein als Stimme des Gewissens in der Gesellschaft galt.“

Und auch die Lämmer Christi trotten nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie in früheren Jahrzehnten hinter den Krummstabträgern her: „Die Stellung des Österreichers zur Kirche ist ambivalent; die meisten Getauften sind ‚Auswahlchristen‘ (70 bis 80 Prozent), die einiges von den Glaubenslehren und Verhaltensweisen akzeptieren, manches ablehnen, anderem gegenüber eher gleichgültig sind ...“ Viel Wert wird allerdings auf das kirchliche

„Lebensgeleit“ bei Geburt, Heirat und Tod gelegt.

Im Verhältnis der österreichischen Kirche zur Politik wird dem Papst ein — im Vergleich zur Ersten Republik — völlig verändertes Bild skizziert. Damals gab es eine enge Verschränkung zwischen Amtskirche und Christlichsozialer Partei, doch „seit 1945 grenzt sich die Kirche von den Parteien ab, die Priester halten sich von parteipolitischer Betätigung zurück“. Allerdings wehrt sich die Kirche gegen die Formulierung, sie stehe in Äquidistanz zu den politischen Lagern. Sie sieht sich näher bei der Österreichischen Volkspartei: „In der ÖVP gibt es einen weit höheren Anteil aktiver Katholiken als in anderen Parteien.“

Der größeren Distanz zur SPÖ entspricht ein formell gutes, substantiell jedoch unbefriedigendes Verhältnis zur roten Alleinregierung: „Bis 1970 galt das Wort der Kirche bei den Regierungsmitgliedern (oder doch zumindest bei vielen von ihnen) recht viel; heute steht die Mehrheit der Regierungsmitglieder der Kirche distanziert gegenüber. Die Kirche muß sich überlegen, welche Konsequenzen sie daraus im Hinblick auf ihr Verhältnis zur Politik ziehen will.“

Der Machtwechsel in Österreich im Jahre 1970 sei von der Kirche „gelassen“ hingenommen worden. Doch nach „freundlichen Gesten der ersten Regierung Kreisky“ (höhere Personalkostenübernahme bei katholischen Schulen) habe 1971 die Auseinandersetzung über die Strafbarkeit der Abtreibung zu einem „tiefgreifenden Konflikt“ geführt.

Die gesetzliche Fixierung der Fristenlösung gegen den Willen der Kirche und trotz des Volksbegehrens der Aktion Leben

betrachten Österreichs Bischöfe nach wie vor als „schwere Belastung der Beziehungen zwischen Kirche und Regierungspartei“.

Die Niederlage im Kampf um den Schutz des ungeborenen Lebens hat zur Einsicht geführt, daß „in Österreich trotz des überwältigenden Anteils der Katholiken an der Bevölkerung gegen den Willen der Kirche Politik gemacht werden kann und daß daraus keine Systemkrise resultiert oder resultieren muß“.

Und die Niederlage bei der Verteidigung eines gesellschaftlichen Grundwertes hat bei den Bischöfen ein taktisches Umdenken bewirkt. Eine neue Auseinandersetzung mit der SPÖ über gesellschaftspolitische Fragen würde von der Kirche direkt und nicht nur über eine Vorfeldorganisation (Aktion Leben) geführt werden. Und dann würden sich — so glaubt die Kirche — auch politische Rückwirkungen einstellen: „Käme es zu einer noch ernsteren, die kirchentreuen Katholiken in ihrer Gesamtheit zur Identifizierung mit entsprechenden Aktionen bewegenden Auseinandersetzung, so könnten diese höchstwahrscheinlich einen Wahlsieg der SPÖ verhindern. Die Folgen einer solchen Konfrontation wären im übrigen schwer vorhersehbar.“

Einer der Punkte, die die Kirche in die totale Konfrontation treiben würden, ist die von den Linkslinken in der Parteijugend geforderte Abschaffung des Religionsunterrichts an den Schulen. Das hat aber auch Bruno Kreisky erkannt und diese Forderung der Genossen verworfen: „Nur bei den Kommunisten gibt es noch die Religionsfeindschaft!“ Der Fünfjahresbericht formuliert: „Kennzeichnend für die Situation der letzten zwei Jahre ist eine zunehmende Kritik und Infragestellung des Religionsunterrichts in der Schule seitens kleiner Gruppen innerhalb der SPÖ. Bekanntlich hat die Parteispitze sich bis jetzt von solchen Forderungen distanziert. Da es sich aber um einen latenten Konfliktstoff handelt, müssen Sinn, Aufgaben und Grenzen des Religionsunterrichts reflektiert und in der Öffentlichkeit bewußtgemacht werden.“

Die Kirche kennt auch in den Beziehungen zur ÖVP „gewisse Spannungen und Enttäuschungserlebnisse“, meint aber, daß sie jene politische Kraft, „wo Christen bislang überwiegend ihre politische Heimat fanden“, nicht in Stich lassen kann. Zugleich stört es die Romtreuen, daß „in der FPÖ, vor allem aber in der SPÖ aktive Katholiken ... unterrepräsentiert sind“. Für die Zukunft wünschen sich daher die Bischöfe „ein stärkeres Engagement katholischer Männer und Frauen in allen demokratischen Parteien“. Sie knüpfen daran die Hoffnung, daß diese Aktivisten „das Klima und die Willensbildung in Parteien, die traditionell der Kirche eher abweisend gegenüberstanden, wesentlich mitgestalten könnten“.

PROFIL-GESPRÄCH



HELMUT VOSKA SPRACH MIT
BUNDESKANZLER BRUNO KREISKY:

„Kienzls Vorschläge sind nicht ernst zu nehmen“

profil: Herr Bundeskanzler, die Belastungswelle, die jetzt über die Österreicher hereinbricht, reicht nicht einmal zur Sanierung des nächstjährigen Budgets. Wie wollen Sie langfristig Vollbeschäftigungspolitik betreiben?

Kreisky: Der Sinn der jetzigen Politik besteht darin, daß man das Budgetdefizit so stark herunterdrückt, daß Platz genug ist für eine neue beschäftigungspolitische Initiative. Die wird natürlich wieder durch Kredite und Anleihen finanziert.

profil: Wir können uns jetzt doch nicht noch weiter verschulden.

Kreisky: Unter der Voraussetzung, daß wir das Defizit herunterdrücken, können wir uns sicher noch Geld verschaffen.

profil: Wie weit können wir 's Defizit drücken?

Kreisky: Ich bin verpflichtet, über das Budget 1978 noch Stillschweigen zu bewahren. Aber soviel kann ich sagen: Es ist geplant, das Defizit um 12 bis 14 Milliarden Schilling herunterzudrücken.

profil: Das heißt aber, daß diese Regierung, wenn es — wie jetzt — gilt, zu sparen, versagt.

Kreisky: Nein. Wir sparen. Obwohl die österreichische Motorisierung seit 1970 um mehr als 60 Prozent zugenommen hat, haben wir die Dienstwagen von 577 auf 452 reduziert. Und 1978 wird es wieder weniger Dienstwagen geben.

profil: Aber das bringt doch nichts, Herr Bundeskanzler. Wo schnallt der Staat den Gürtel enger, wo bleiben die Milliarden als Äquivalent zu den Milliarden, die Sie der Bevölkerung abknöpfen?

Kreisky: Die großen Ersparnisse sind dort, wo wir was beim Personal machen können. Da gibt es Hunderte Posten weniger bei der

Eisenbahn und Hunderte weniger bei der Post. Wir werden in den Bundeswerkstätten mehr Jugendliche anstellen, weil wir damit auch Jugendarbeitslosigkeit verhindern. Jugendliche kosten weniger als ein Vollbeamter. Wir haben Lehrer anstellen müssen, weil es immer noch einen Lehrermangel gibt und sie auch sehr viel Überstunden machen. Und ich hoffe, daß durch die neu angestellten Lehrer eine finanzielle Entlastung bei den teuren Überstunden eintritt.

profil: Aber die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf diese Weise bringt doch keine Einsparungen, sondern verschärft die katastrophale Budgetlage noch zusätzlich ...

Kreisky: Das ist nicht eine Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das ist ja nur ein Beitrag. Die meisten werden ja im normalen Wirtschaftsleben untergebracht. Der Bund stellt nur dort ein, wo er Jugendliche braucht, also in der Polizeischule zum Beispiel oder in den Bundesbahnwerkstätten. Das sind keine Beamtenlehrlinge, sondern alles Leute, die im Bund auf einen konkreten Beruf vorbereitet werden. Ein ausgebildeter Bundesbahnlehrling muß dann nicht weiter bei der Bundesbahn beschäftigt sein. Er kann später woanders auch beschäftigt werden.

profil: Nur wird das viel schwieriger werden, weil uns in den nächsten Jahren rund 300.000 Arbeitsplätze fehlen.

Kreisky: Das sind Berechnungen, die immer sehr problematisch sind. Aber sicherlich wird man zusätzliche Arbeitsplätze schaffen müssen. Das ist uns ja auch bis jetzt immer gelungen.

profil: Trauen Sie sich eine Prognose zu? Wie viele Arbeitslose wird es 1978/79 geben? Die Wirtschaftsforscher rechnen mit 70.000 bis 150.000 im günstigsten Fall.

Kreisky: Die Wirtschaftsforscher haben mir gesagt, wie ich sie gefragt habe, wie sie zu diesen Zahlen kommen: Unter der Voraussetzung, daß nichts dagegen getan wird. Na, da kann man sicher sein, daß wir etwas dagegen tun. Ich werde nicht die Zweifel, die ich den Prognostikern gegenüber habe, jetzt dadurch aufheben, daß ich selber zu prognostizieren beginne. Ich kann nur eines sagen: daß wir unsere Wirtschaftspolitik darauf einstellen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

profil: Wie wollen Sie das ohne Geld in der Kasse tun? Wieder mit politischen Verhaltensmaßregeln, mit Interventionen in verstaatlichten Großbetrieben? Dürfen die VÖEST weiterhin niemanden entlassen?

Kreisky: Es hat von uns keine Weisung gegeben, daß irgendein Mann behalten werden muß. Das einzige, was wir getan haben, ist, daß wir mit aller Deutlichkeit erklärten, daß nicht gleich beim ersten Windstoß scharnweise Leute entlassen werden dürfen, die den Reichtum der VÖEST mit geschaffen haben.

profil: Und jetzt beim Sturm?

Kreisky: Es gibt keinen Sturm, es gibt eine

schlechte Ertragslage. Aber Aufträge gibt es.

profil: Unmittelbar nach der Kahlenberg-Klausur sagten Sie noch, auch die VÖEST werde Kurzarbeit einführen müssen.

Kreisky: Nicht, daß sie es werden, sondern es besteht die Gefahr, daß sich in der Eisen- und Stahlindustrie die Frage nach Kurzarbeit stellen wird.

profil: Keine Entlassungen?

Kreisky: Das weiß ich nicht. Ich kann nur hoffen, daß es ohne Entlassungen geht.

profil: Da fragt es sich halt, ob es sinnvoll war, ausgerechnet die Klein- und Mittelbetriebe, die bisher die Vollbeschäftigung gesichert haben und jetzt in größere Schwierigkeiten kommen, so sehr zu belasten. Dort helfen die Empfehlungen der Politiker nichts.

Kreisky: Wir haben ja noch große Reserven



— wir haben 200.000 Gastarbeiter —, das wollen wir bitte nicht übersehen.

profil: Wie viele davon werden wir in einem Jahr noch beschäftigen können?

Kreisky: Vorläufig haben wir noch um einige tausend mehr als im Vormonat. In Vorarlberg drängt man die Arbeitsmarktbehörden sogar, noch mehr ins Land zu lassen. Aber zum Glück sind wir da sehr zurückhaltend. Ich sage also: Es ist möglich, daß die Zahl der Gastarbeiter bis Ende nächsten Jahres zurückgeht.

profil: Österreicher werden wieder in höherem Maß bereit sein müssen, auch die „Dreckarbeit“ zu machen?

Kreisky: Ich bin ja oft, ein- oder zweimal wöchentlich, in Betrieben und weiß daher, wie es dort aussieht. Oft ist das so, daß neben einem Österreicher ein Gastarbeiter steht, also daß der Abstiegsprozeß gar nicht stattfinden muß.

profil: Ähnlich trist wie bei Eisen und Stahl ist es auch bei Textil und Papier.

Kreisky: Es ist im Hüttenbereich trist, und es gibt sicherlich momentan auch eine Abschwächung in der Papierindustrie, die aber eher kurzfristig ist. Bei Papier weiß

man, daß es in Zukunft noch Verbrauchssteigerungen geben wird, bei Stahl weiß man das nicht.

profil: Herr Bundeskanzler, zur Verhältnismäßigkeit des Sanierungspaketes: Finden Sie, daß die Lasten gleich, symmetrisch, verteilt worden sind zwischen Bevölkerung und Wirtschaft einerseits und dem Bund andererseits? Hat der Bund genug gespart?

Kreisky: Der Bund hat vor allem dadurch gespart, daß er bei den letzten Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine zweiprozentige Erhöhung der Pensionsbeiträge in den nächsten Jahren erreicht hat.

profil: Man könnte auch sagen: Die Beamten waren die letzte große Gruppe, die sich noch vor Ihrer Krisenklausur ein Maximum herausholen konnte.

Kreisky: Kein Maximum: 8 Prozent. Zugleich haben sich die Beamten bereit erklärt, ein halbes Prozent mehr Pensionslasten für 1978 zu tragen.

profil: Mit dieser „Sparmaßnahme“, über die man noch lange streiten könnte, erschöpft sich aber auch schon der Beitrag der Regierung. Wirtschaftsfachleute meinen, diese Belastungswelle wird die Budget- und Zahlungsbilanzdefizite nicht wirklich senken, sondern nur auf hohem Niveau stagnieren lassen. Was dann?

Kreisky: Das glaube ich nicht. Ich glaube vielmehr, daß wir mit diesen zusätzlichen Einnahmen auskommen.

profil: Es wäre rückblickend wohl gescheiter gewesen, etwa auf Renommierbauten wie die UNO-City zu verzichten. So viel Geld, wie uns dieser Bau kostet, bringen Sie jetzt — wenn überhaupt — mit Ihrem Sanierungspaket herein.

Kreisky: Aber das ist doch ein Unsinn. Das Geld haben wir in Wirklichkeit indirekt schon wieder herinnen. Bedenken Sie, daß gegenwärtig 250 Firmen von der UNO-City Aufträge haben. Bei der UNO-City haben wir die Leute beschäftigt, denen wir, hätten wir die UNO-City nicht gebaut, Arbeitslosenunterstützung zahlen müßten. Mir ist es immer noch lieber, Schulden zu machen, aber damit die Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

profil: Aber die UNO-City bringt ja keinen Gewinn. Die spielt ja nichts herein. Im Umkehrschluß müßte man ja dann sagen, daß wir nur viele solcher Großbauten errichten müssen, um die Vollbeschäftigung zu sichern. Aber das können wir uns doch schon lange nicht mehr leisten.

Kreisky: Wir können und müssen uns das weiter leisten. Wenn wir heute nicht den Arlberg-tunnel, die Untergrundbahn in Wien, die UNO-City, die Tauernautobahn usw. bauen würden, dann wären wir schlecht dran.

profil: Schlecht dran sind die Familien: Ihnen werden jetzt 3 Milliarden vorenthalten. Damit können die Familienbeihilfen um monatlich 100 Schilling erhöht werden. Jeder Familien-

vater verzichtet zugunsten der Sanierung allein aus diesem Titel pro Kind auf 1.500 Schilling jährlich.

Kreisky: Den Familien wird kein Schilling weggenommen. Das einzige, was passiert, ist, daß 1 Prozent jetzt anderen sozialpolitischen Zwecken zugeführt wird, der Pensionsversicherung. Der Bund räumt — im Gegensatz zu ÖVP-Zeiten — den Fonds nicht aus.

profil: Auf die Umverteilung von den Privilegierten zu den Armen wartet man weiter vergeblich: Auch alte und kranke Menschen müssen jetzt um 100 Prozent höhere Rezeptgebühren blechen, Mindestrentnerhepaare mit knapp über 4.000 Schilling monatlich werden steuerpflichtig, aber um Ihren Vorschlag, die zum Teil steuerfreien Politikerbezüge nicht mehr automatisch wachsen zu lassen, wurde es sehr ruhig.

Kreisky: Die Ausgleichszulagen werden erhöht, und um meinen Vorschlag ist es gar nicht ruhig geworden. Das kommt alles schon noch.

profil: Gibt's in der SPÖ noch Widerstände, die erst überwunden werden müssen?

Kreisky: Nein, das ist mein Vorschlag, und der wird verwirklicht. Solche Fragen diskutiert die Partei gar nicht.

profil: Noch ein Beispiel für die herrschende Gesinnung: Da tritt der oberösterreichische Landeshauptmann wegen Herzflimmerns zurück und wird OKA-Manager. Das zahlt sich aus. Denn jetzt kriegt er mehr als zuvor: 128.200 Schilling monatlich. Bei der OKA trifft der Wenzl den Sozialisten Fridl, der ist politisch gegangen worden und ohne jede Vorbildung ebenfalls zum Superverdiener aufgestiegen...

Kreisky: Der Fridl ist immerhin gelernter Industriekaufmann, der Dr. Wenzl war vorher Parteisekretär...

profil: Wie immer. Halten Sie das für gerechtfertigt, Herr Bundeskanzler?

Kreisky: Na ja, man muß das auch anders sehen: Neben ihren OKA-Bezügen kriegen die beiden — so glaube ich — ja keine Politikerpension...

profil: Das wäre ja auch geradezu aufreizend. Mit 128.200 im Monat werden die doch auskommen...

Kreisky: Ich habe da eine eigene Meinung. Ich kann da nur sagen, daß das eine Landesache ist und mich nichts angeht.

profil: Aber so etwas passiert ja auch beim Bund, unter Ihren Augen, Herr Bundeskanzler. Ihr ehemaliger „Gehilfe“ Veselsky darf sich jetzt mit insgesamt 720.000 Schilling über seinen Hinausschmiß hinwegtrösten. Ihr ehemaliger Verteidigungsminister Lütgendorf kassierte zu seinem Abschied eine knappe Million.

Kreisky: Ja, aber das ist nun einmal die Gesetzeslage. Damit wird vorgesorgt, daß Politiker unabhängig bleiben können und daß sie dann, wenn sie ihr Amt aus welchen Gründen immer zurücklegen wollen, nicht in eine Existenzkrise geraten.

Reisen:

Übergewichtig

An der Sportbegeisterung des ÖFB-Präsidenten Karl Sakanina drohte letzten Mittwoch ein Sportflugzeug zu verenden: Um das österreichische Nationalteam im bislang letzten „Schicksalsspiel“ („Kronen-Zeitung“) gegen die DDR in Leipzig nicht allein zu lassen, preßte der überstrebte Multifunktionsärzte ein 8-Stunden-Loch in seinen Terminkalender und seinen übergewichtigen Korpus in eine Privatmaschine des Typs Cessna-414 (Kennzeichen: OEFLB). Doch anstatt vom Wiener Flughafen Schwechat abzuheben, streckte das Flugzeug nur die Schnauze gegen den Himmel: Die Konstruktion des Flugzeugs hatte vor der Masse des prominenten Passagiers kapituliert und war am hinteren Ende zusammengebrochen.

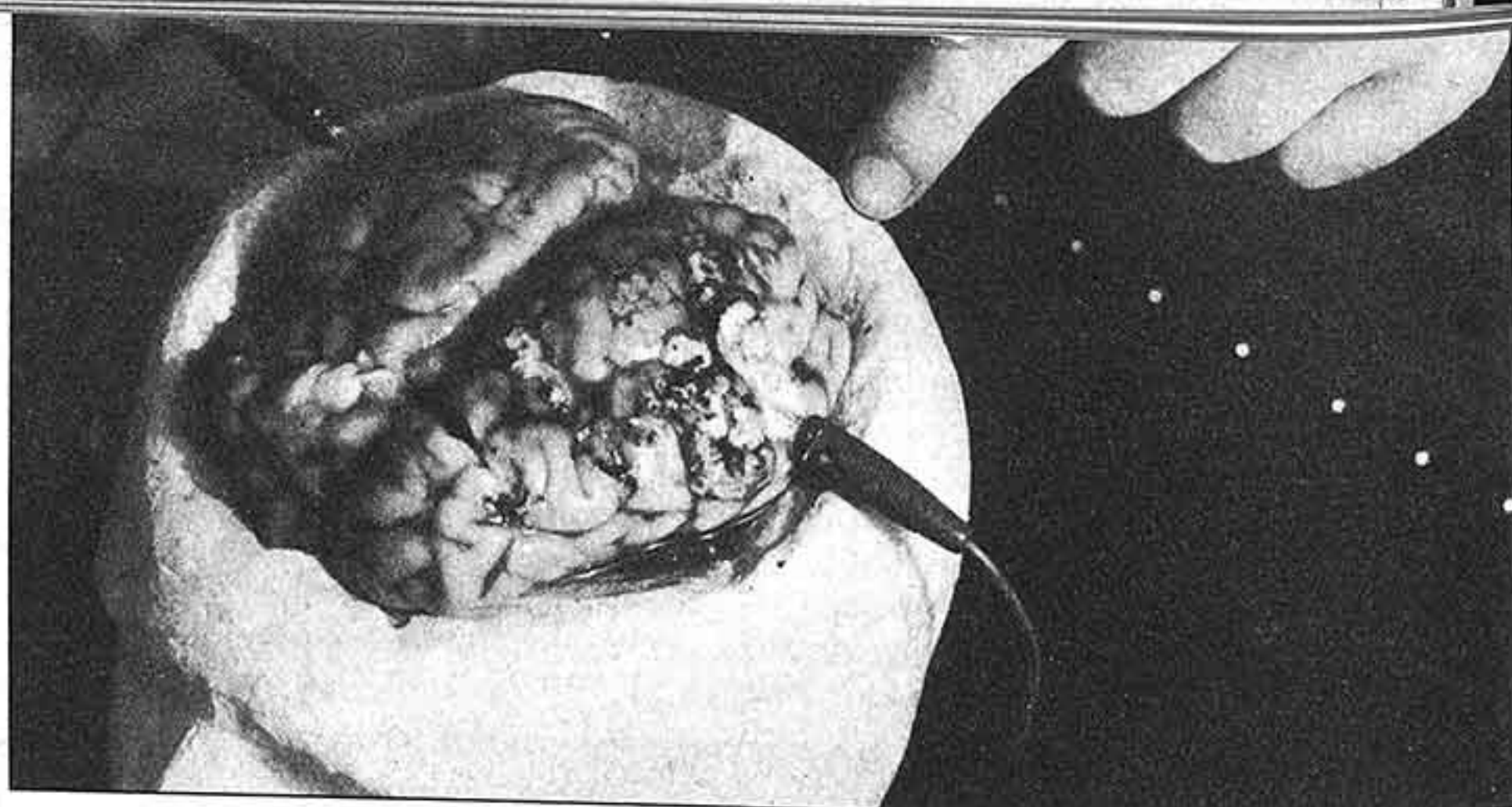
Nachdem der „Sporenschaden“ am Maschinenheck in zweistündiger Intensivarbeit repariert war, konnte Bruchpassagier Sakanina unverdrossen doch noch in dem Aeroplan Platz nehmen und zu seinen Imagepflegern fliegen. In Leipzig wurde sein Pech prolongiert: Sicherheitsbewußte DDR-Ordner ließen den österreichischen Fußballbundpräsidenten nicht zu den erfolgreichen Kickern vor.

Medizin:

„Ernstes Risiko“

Krebskranke können derzeit nachlesen, mit welchen Formeln Ärzte die Diagnose verschleiern: In der Oktobernummer der ÖGB-Illustrierten „Solidarität“ ließ sich Prominentenarzt Karl Fellingner zum Thema „Die Wahrheit und der Tod“ interviewen. Unter dem Motto „Belügen und die Wahrheit verschweigen ist zweierlei“ dürfen Gewerkschaftsmitglieder einen Blick in die ärztliche Trickkiste tun. Wenn Fellingner zu einem ängstlichen Patienten etwa von einer „chronischen Entzündung“ der Leber spricht, die sich im Lauf der Zeit in Krebs verwandeln könnte, hat der Kranke ihn meist schon. Wenn ein Magenkrebsoperierter noch keine Metastasen hat, läßt Fellingner die wahre Diagnose „ein wenig in Schweben“: „Schauen Sie“, sagt er dann, „es war bei der Operation kein Krebs, es war ein Geschwür, aber sicher an dem Punkt, wo es schon höchste Zeit war, zu operieren, weil einzelne Stellen doch bereits krebserregend gewesen sind.“

Wenn aber ein religiöser Mensch — „sei es als Christ oder aus sonst einem wichtigen persönlichen Grund — wirklich ernsthaft mit klarem Wunsch nach Wahrheit fragt“: Fellingner führt ihn doch „nahe heran“. Des Medizinmannes Kompromiß mit der Wahrheit: „Ernstes Risiko“, „Grenze, an der wir uns befinden“ und „Entwicklung, die wir abwarten müssen“.



E-Schock-Vorführung am Präparat: „Die Operation ist blendend gelungen ...“

ELEKTROSHOCK:

Therapie der Ratlosigkeit

Von Gerhard Mayer

Gedächtnisstörungen, Kopfschmerzen, Schwindelanfälle und Verhaltensänderungen zählen zu den „normalen“ Folgen der Behandlung. Gelegentlich brechen sich die Patienten dabei auch Wirbelknochen oder reißen Seitenbänder, manchmal blockiert diese Heilmethode jede Psychotherapie, oft erhöht sie die Rückfallhäufigkeit. Dennoch erlebt der Elektroschock einen weltweiten Boom und wird von der Mehrzahl der Psychiater verteidigt.

Manchmal verspürt man im Augenblick des Schocks einen heftigen Schlag gegen den Kopf, man glaubt, er zerbricht in sämtliche Atome. Ein stechender Schmerz fährt durch die Stirn, als hätte man ein elektrisches Brecheisen angesetzt. Ich hatte durch die Narkotisierung von meiner Umgebung nichts mehr wahrgenommen, nur diesen Blitz ...“, beschreibt ein ehemaliger Patient des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien (Baumgartner Höhe) seine „Steinhof“-Impression. „Nach der Behandlung verfiel ich von einer Panik in die andere: Ich konnte mich nirgends mehr zurechtfinden, nicht im Krankenhaus und später, nach der Entlassung, nicht einmal in meiner eigenen Wohnung. Ich hatte jeden Orientierungssinn verloren!“

Die Patientin Anna Pichler¹⁾ hüpfte euphorisch, ohne ersichtlichen Grund ständig vor sich hin kichernd, durch die Gänge einer bundesdeutschen Universitätsnervenklinik. Sie war zehn Tage davor mit schweren Depressionen eingeliefert und mit einem Elektroschockblock — drei „Sitzungen“ an drei aufeinanderfolgenden Tagen — behandelt worden.

Kaum eine Woche später war sie tot. Die Ärzte hatten die euphorische Stimmung im Anschluß an die Schockbehand-

lung als Beweis einer gelungenen Therapie angesehen und Anna Pichler entlassen. Drei Tage später kletterte die Patientin auf das Fensterbrett ihrer Wohnung und stürzte sich in die Tiefe.

Welchen Sinn hat es denn, meinen Kopf kaputtzumachen und mein Gedächtnis auszuradieren“, klagte der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway nach einer Serie Elektroschocks, „das Gedächtnis, das mein ganzes Kapital ausmacht!? Die Operation ist blendend gelungen, doch der Patient ist tot!“

Einen Monat später verübte der Dichter Selbstmord.

Im Herbst 1975 blieb im Wiener „Steinhof“ eine Patientin nach der Elektroschocktherapie auf der Bahre liegen: Die herzkrankte Frau hatte die Heilbehandlung nicht überlebt.

Trotz des nach wie vor bestehenden Risikos, trotz Gedächtnisverlust und Kopfschmerzen erlebt der Elektroschock einen neuen Boom. Rund 150.000 Amerikaner setzen sich jährlich unter die Elektroden (1970 waren es nur etwa 50.000), in 90 Prozent der psychiatrischen Anstalten der USA zählt der E-Schock-Apparat zur Standardausrüstung, in mehr als 70 Prozent der Irrenhäuser und Ambulatorien der Bundesrepublik wird geschockt.

Die „Österreichische Gesellschaft zum Schutz vor Verstößen der Psychiatrie gegen die Menschenrechte“ befragte die heimischen Psychiater über ihre Einstellung zur Elektrodentherapie: Über 80 Prozent der Antworten²⁾ bekennen sich zu dieser Heilmethode, denn bei bestimmten Fällen (vor allem perniziöse Katatonie³⁾ und endogene

¹⁾ Die Umfrage wurde an alle in Österreich ansässigen Psychiater ausgesandt. Nur 24 schickten den Fragebogen ausgefüllt zurück.

²⁾ Katatonie: die lebensbedrohende Endphase der Schizophrenie, die in den meisten Fällen durch die ungenügende psychotherapeutische Behandlung in den Krankenhäusern entsteht.

³⁾ Name von der Redaktion geändert.

Depression) sei sie — argumentieren Österreicher Gemüts- und Nervenärzte — lebensrettend, „selbst als vorwiegend psychotherapeutisch Eingestellter wird man“, schreibt der Tiefenpsychologe Hans Strotzka, „nicht ganz auf ihn verzichten können“. Und der Vorstand des Neurologischen Ambulatoriums im Kaiser-Franz-Joseph-Spital (Wien), Dr. Kunerth, lobt die „praktisch gefahrlose, gut vorhersehbare Wirkung“ und beklagt, daß durch das Aufkommen der medikamentösen Behandlung diese „probate“ Therapie aus der Mode gekommen ist, „zu Unrecht. Ich habe durch viele Jahre hindurch an vielen Patienten mit Freude über den Erfolg den E-Schock durchgeführt.“

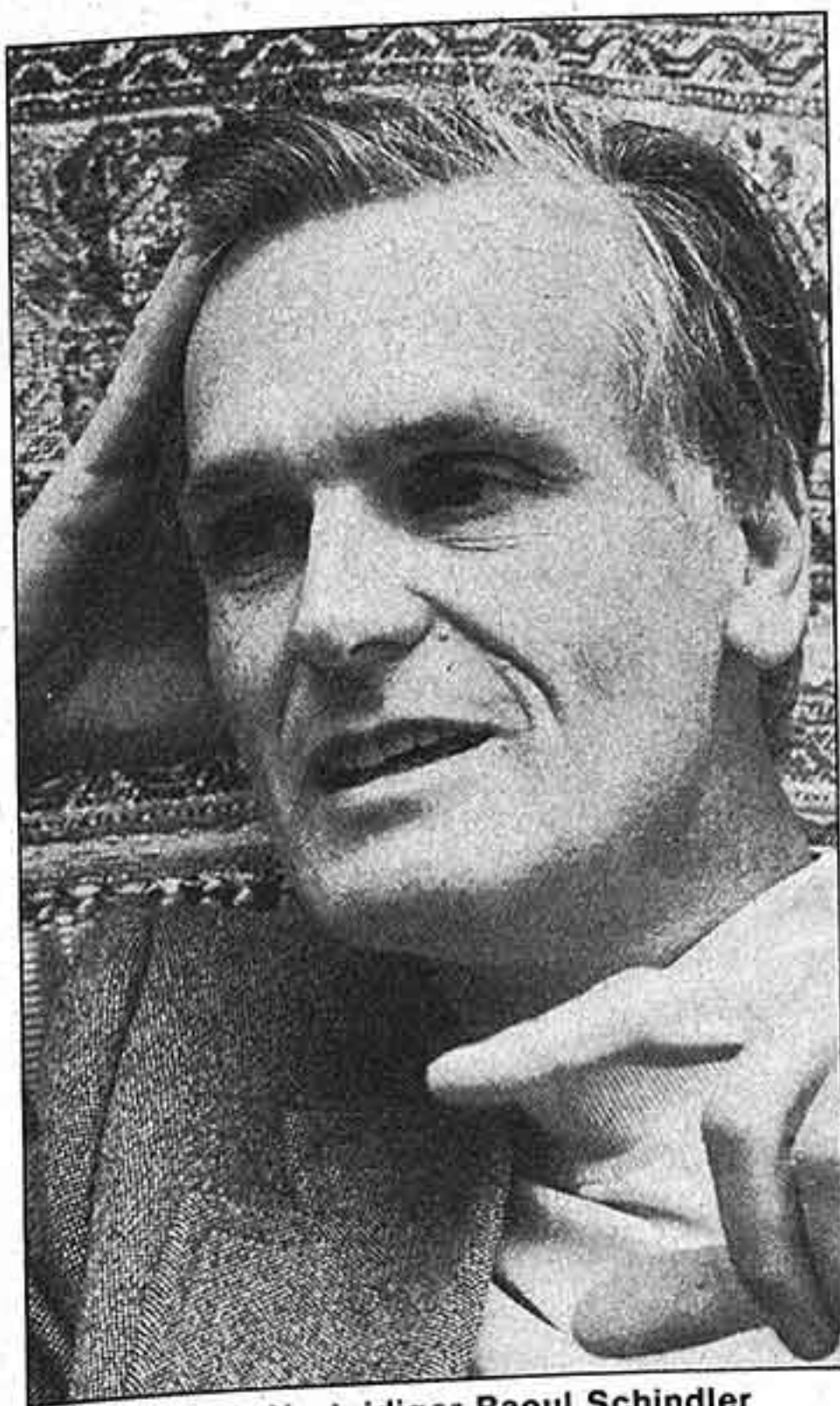
Die wenigsten Ärzte sind so bedingungslos von der Elektrodenkur begeistert wie der Chef des Kaiser-Joseph-Ambulatoriums (der den E-Schock auch als Heilmittel für „somatisch Kranke, bei bestimmten Schmerzzuständen“ empfiehlt, „aus eigener Erfahrung“), dennoch sind sie sich einig: Der E-Schock wirkt in bestimmten Fällen lebensrettend, bringt „relativ wenig Nebenwirkungen mit sich“ (so der Chef der Steinhof-Frauenabteilung, Raoul Schindler) und wurde — etwa von der ehemaligen Oberärztin der Wiener Universitätsnervenklinik, Gertrude Skulsky-Wanderer — als einzig wirksame Methode kennen- und schätzen gelernt. „Es wäre zu empfehlen“, rät der Präsident der Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater, Prof. Ganner, „von den Vorteilen der Elektroschocktherapie wieder mehr Gebrauch zu machen!“

Die Einigkeit, die Österreichs Psychiater in der Frage des Elektroschocks zeigen, ist ungewöhnlich, die knapp 40jährige Geschichte der Elektrokrampfbehandlung ist vom Streit über die Auswirkungen dieser Therapie gezeichnet. Es gibt gut drei Dutzend Theorien. Selbst einer der führenden Verfechter und Kapazitäten der Elektrodenbehandlung, „Schock-Papst“ Lothar Kalinowsky, muß heute einräumen: „Was wir vor 20 Jahren über diese Behandlungsart geschrieben haben, gilt auch heute noch: Wir behandeln psychische Störungen, deren Entstehungsgeschichte wir nicht kennen, nach rein empirischen Gesichtspunkten, und wir behandeln sie mit Methoden, deren Wirkungsweisen ebenso im dunkeln liegen!“

Empirische und statistische Erfahrungen gelten auch als Eltern des E-Schocks. Im 18. Jahrhundert (zum Teil auch schon davor) stellten die Mediziner fest, daß Epileptiker nahezu nie zugleich schizophrene oder depressive Phasen durchlaufen. Ein ärztlicher Kunstfehler — der Leibarzt des englischen Königs verabreichte einem Geisteskranken eine Überdosis Kampfer — führte zur Entdeckung der „Krampfbehandlung“, das künstliche Herbeiführen eines epileptischen Anfalls. Der Italiener Ugo Cerletti beobachtete dann in den dreißiger Jahren in



Schock-Verteidiger Hans Strotzka
„Die haben keine klinische Erfahrung“



Schock-Verteidiger Raoul Schindler
„Relativ geringe Nebenwirkungen“

einem römischen Schlachthaus, wie Schweine vor dem Schlachten durch einen elektrischen Schlag in ebendenselben Krampfungesetz versetzt wurden, der seit 150 Jahren durch Kampferüberdosen den Patienten Heilung und Linderung bringen sollte. Er führte 1938 das Experiment erstmals am Menschen durch, wissend — wie er selbst in seinem Tagebuch schreibt —, „daß natürlich Lebensgefahr besteht“. Seither ist diese „Heilmethode“ nicht

mehr aus der Mode gekommen, sie wurde in ihren Begleiterscheinungen nur verfeinert.

Der Patient erhält heute — um Knochenverletzungen bei den krampfartigen Zuckungen während und nach dem Schock zu vermeiden — ein Muskelrelaxans und — um die Schmerzempfindlichkeit zu mindern — eine leichte Narkose. Der Arzt setzt zwei Elektroden, die mit einer Leitflüssigkeit benetzt sind, an die Schläfen, und eine halbe bis eineinhalb Sekunden lang schießt ein Strom von etwa 70 bis 150 Volt durch das Gehirn. Stromstärke und Dauer müssen auf den Patienten individuell abgestimmt werden — die „Anfallschwelle“ ist etwa bei jüngeren Patienten niedriger als bei älteren, bei Frauen höher als bei Männern.

Die Krankenkassen honorieren diese Behandlung mehr als doppelt so hoch wie etwa eine psychotherapeutische Sitzung.

Über die Wirkungsweise des Schocks bestehen auch heute noch unzählige Theorien, unbestritten ist, daß die Funktionen der Gehirnzellen, durch die der Strom fließt, zumindest zum Teil „gelöscht“ werden, daß die darin gespeicherten Informationen und Daten (zum Teil) ausradiert werden.

„Wenn ein Auto nicht mehr anspringt und es drischt jemand mit einem schweren Hammer auf den Motor ein, kann's auch passieren, daß er plötzlich wieder läuft“, charakterisiert der Chef der holländischen „Nationalen Anti-Schock-Aktion“ (NASA), Flip Schrameijer, die Behandlung, „aber: Würden Sie das eine Reparatur nennen?“

Dieses „Löschen“ hat auch den — in fast allen Fällen registrierten — Gedächtnisverlust zur Folge. Schon 1950 wurde vom Psychiater Irving Janis die erste Untersuchung darüber durchgeführt. Er verglich die Gedächtnisfähigkeit von 19 Patienten, die geschockt wurden, mit denen gleicher Diagnose ohne Schock: „Alle E-Schock-Patienten zeigten etwa vier Wochen nach der Behandlung klare Anzeichen von Gedächtnisstörungen. In der entsprechenden Kontrollgruppe gab es so gut wie keine Ausfälle dieser Art!“

Diese Nebenwirkung der Krampfbehandlung ist unbestritten, die Schock-Verteidiger behaupten jedoch, die Störungen seien nur kurzfristig.

Im April 1976 brachte die Wissenschaftszeitschrift „Nature“ einen Untersuchungsbericht, in dem Gedächtnisstörungen bis zu sieben Jahre zurück nachgewiesen wurden; und der vermutlich schlimmste Fall einer Schockfolge wurde vor kurzem in Holland bekannt: Ein E-Schock-Patient wandte sich an die „NASA“ (die für ein gesetzliches Verbot der Therapie eintritt): „Vor 26 Jahren habe ich eine Serie von E-Schocks bekommen. Seither leide ich an vollständigem Gedächtnisverlust und an Impotenz.“

Auch dafür haben die Verfechter eine Erklärung parat: Die neugegründete Pro-

Schock-Zeitschrift „Convulsive Therapy“ versichert, die Patienten glauben bloß, sie litten an Gedächtnisschwund — was bei Psychiatern eine beliebte Reaktion auf Kritik zu sein scheint —, „was bedeutet, daß dies ein neu auftretender Wahn ist!“

Mit Sicherheit ist jedoch der Verlust des Gedächtnisses nicht die einzige Folge. So berichtet die „Wiener Zeitschrift für Nervenheilkunde und deren Grenzgebiete“ von Blutveränderungen, von Abweichungen „in der Zahl und Form der weißen Blutkörperchen nach dem Schock“. Und die beiden DDR-Wissenschaftler Jochen Quandt und Helma Sommer führten dazu Experimente an Katzen durch und stellten nach einer Serie von zehn E-Schocks (und insgesamt 1.500 Gewebeschnitten, die sie unmittelbar nach den Schocks durchführten) fest: „Eine Reizung der Gehirnzellen läßt sich schon nach einem Schock feststellen. Nach vier Behandlungen sind Zerfall und Absterben von Nervenzellen unübersehbar. In einigen der Gewebeschnitte sieht man einen regelrechten Stromkanal durchs Gehirn!“

Daß psychiatrischen Patienten nach wie vor die Elektroden an die Schläfen angesetzt werden, wird von den Ärzten mit der angeblich lebensrettenden Wirkung des elektrischen Stuhls begründet. Darin jedoch sind sich die Mediziner nicht einig — während sogar in der Psychiatrie am Wiener Steinhof der Elektroschock zunehmend in Verruf gerät, weil die Behandlung von Katatonie und lebensgefährlicher endogener Depression medikamentös möglich ist (sie ist jedoch langwieriger und mühevoller), läßt Tiefenpsychologe Strotzka dieses Gegenargument nicht gelten: „Ärzte, die das behaupten, haben keine klinische Erfahrung!“ Der amerikanische Psychiater John Friedberg, der dank seiner Untersuchungen über den E-Schock und die daraus resultierende Kritik seinen Posten im Medical Center San Francisco verlor, ist überzeugt: „Der Schock hat mit Sicherheit mehr Selbstmorde verursacht als verhindert“ — Serienuntersuchungen des holländischen Psychiaters Van Ree bestätigen den Amerikaner.

„Ich halte die Elektroschockbehandlung entgegen der Ansicht mancher Kollegen auch nicht für angebracht bei Katatonie und langjährig anhaltender Melancholie“, entkräftet der Leitende Medizinaldirektor des Westfälischen Landeskrankenhauses in Dortmund, Leonhardt, das Hauptargument der Schock-Verteidiger. „Bei entsprechend anderer Behandlung erübrigt sich ein derart unspezifisch-robustes Verfahren!“

Noch drastischer formuliert es der Leiter des neuropsychologischen Instituts von Stanford, Karl Pribram: „Ich selbst würde mir eher einen kleinen hirneingriff machen lassen, als eine Serie von Schocks durchzustehen. Denn ich weiß, wie das Gehirn nach mehreren Schocks aussieht, und das ist, weiß Gott, kein schöner Anblick!“

Erst wauns aus wird sein...

Von Wolfgang Höllrigl

Weil Relikte einer puritanischen Moral geschlechtliche Freuden zeitlich begrenzen, wird mehr als 1,5 Millionen Österreichern die Lust am Sex vermiest.

Mit 80 Jahren noch kein bißchen leise, vergaß der Wiener Rentner Karl Lassner¹⁾ minutenlang auf Sehschwäche und Rheuma, um seinen Gegner mit einsilbigen Kraftausdrücken einzudecken, bis der knapp jüngere Kontrahent gedankenverloren zum Spazierstock griff und dem Ballyhoo ein abruptes Ende setzte.

Als die Sozialarbeiterin Hertha Trimmel dem ausgeknockten Greis wieder auf die Beine half, war Lassners Widersacher schon mit der Siegestrophäe im Park des Altersheimes Lainz verschwunden. Erst Tage später erfuhr die Samariterin den Anlaß des Duells: „Die haben um eine mehrfache Großmutter gerauft.“

Weil „das Alter keine Ausnahmesituation darstellt“, hat sich der Geschäftsführer des „Kuratoriums der Wiener Pensionistenheime“ Herbert Dinhof in seinen Häusern an zittrige Emotionen gewöhnt: „Pensionäre haben ähnliche Wünsche und Probleme wie junge Menschen.“ Nachsatz: „Sexuelle Bedürfnisse eingeschlossen.“

Die Kehrseite der Patina polierten geladene Experten vor drei Wochen im späten abendlichen TV-„Club 2“. Denn obgleich die

Diskutanten zum Thema „Sex und weiße Haare“ nur Marginalien wichtig machten, traf das Resümee der Sendung exakt unter die Gürtelschnalle: „Wir neigen dazu“, so der Schweizer Neurologe Dr. Walter Pöldinger, „alte Menschen in ein geschlechtsloses Ghetto zu treiben.“

Die These des Altgenossen stützt sich auf ein empirisches Fundament, das die deutsche Gesellschaftsforscherin Hannelore Tümmers zwölf Monate vorher zementierte. Indem sie dem Volk nicht nur aufs Maul schaute, erfuhr die Wissenschaftlerin, daß 75 Prozent der Bevölkerung den Treppenwitz vom ausgepufften alten Mann für bare Schlappe halten; zwei Drittel glauben, daß sich „körperliches Begehren im Alter nur mehr in Form wehmütiger Erinnerungen oder harmloser Wunschträume äußert“, und knapp ein Viertel der Germanen rät alten Aktivisten zu „ärztlicher Behandlung, damit sie normalen Mitbürgern nicht auf die Nerven fallen“.

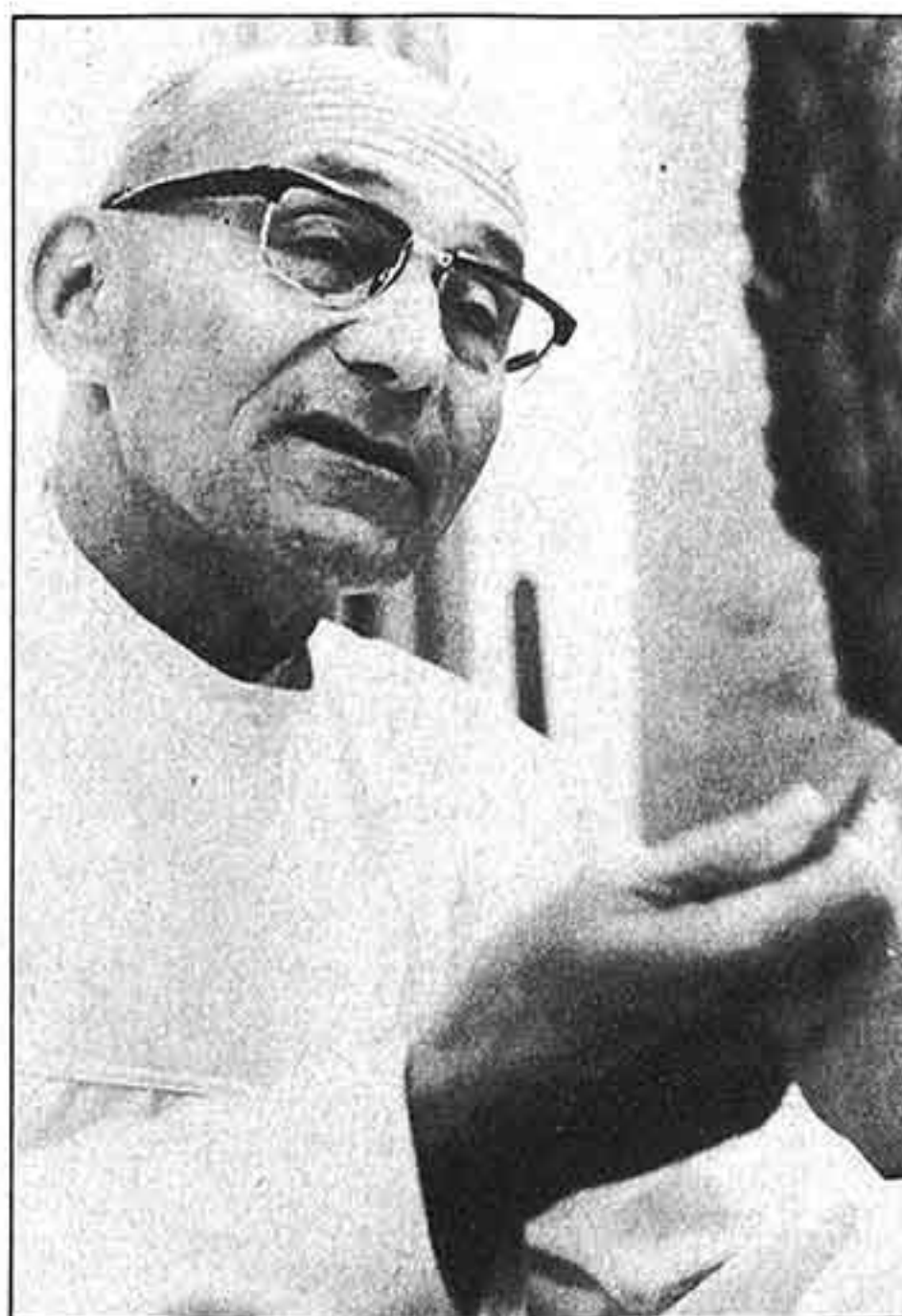
Die Tabuisierung reifer Freuden an der wichtigsten Nebensache der Jugend disqualifiziert mehr als 1,5 Millionen Österreicher mit dem 60. Geburtstag ins sensible Out:

Weil Donna Juana einer breiten Öffentlichkeit nach dem Klimakterium nicht mehr als Frau gilt und Casanova nach der Midlife crisis zum impotenten Kraut degradiert, haftet an unverdrossenen Genießern der Beigeschmack des moralisch Ungenießbaren.

Weil nicht mehr können soll, wer nicht mehr können darf, verkümmert gunstver-



Gerontologin Stengel
Gefühle bleiben munter



Neurologe Birkmayer
Kampf gegen Ignoranz